DOKUMENTATION

5. Vernetzungsratschlag Haus der Statistik 29. Januar 2018 | ZK/U





DOKUMENTATION

Kontakt zur Initiative Haus der Statistik kontakt@hausderstatistik.org www.hausderstatistik.org

Vernetzungsratschlag Haus der Statistik
 Januar 2018 | ZK/U

Stand: 24.5.2018

Zentrum für Kunst und Urbanistik (ZK/U), Siemensstraße 27, 10551 Berlin

Inhalt

Ablauf des 5. Vernetzungstreffens | 3

Ergebnisse der fünf Arbeitsgruppen

- AG1 Rollen / Aufgaben / Kooperation / Partizipation im Entwicklungsprozess | 4
- AG2 Karl-Marx-Allee 1 (Haus A): Raumprogramme | 8
- AG3 Zwischennutzungen / Raumaneignungen | 11
- AG4 Organisatorisches / Finanzen / Vergabeverfahren | 14
- AG5 Leitbild / Manifest / Verfassung | 17

Ausblick zum weiteren Verfahren

Grafik: Input vom 5. VernetzungsRatschlag in Phase 0 | 19

Übersicht: Arbeitspensum der Phase 0 | 20 Grafik: Kontinuität der Arbeitsfelder | 21



Ablauf des 5. Vernetzungsratschlags

- 09:30 Ankommen, Einführung für Neulinge an Wandbild
- 10:00 Begrüßung und Stand der Dinge

Verkündung der Kooperation zwischen Initiative/ZK B, BIM, WBM, Bezirk Mitte, SenStadt

- 10:15 Input Politik
 - · Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, Katrin Lompscher
 - · Senator für Finanzen, Dr. Matthias Kollatz Ahnen
 - · Stadtrat für Stadtentwicklung im Bezirk Mitte, Ephraim Gothe
- 10:30 Themenvorstellung / Zielsetzung für das Arbeiten in Gruppen
- 10:45 **Arbeiten in Gruppen**
- 12:30 Vortrag aus den Gruppen
- 14:15 Abschlussdebatte und Ausblick, Verabredungen
- 15:15 ENDE

AG1 Rollen / Aufgaben / Kooperation / Partizipation im Entwicklungsprozess

- · Was kann Bezirk, WBM, BIM, was kann die Initiative? und der Senat?
- · Worin liegt der Mehrwert der angestrebten Kooperation?
- · Wie sieht eine gelingende Kooperation mit der Stadt aus?
- · Was können / müssen wir aus Fehlern der Vergangenheit lernen?

AG2 Karl-Marx-Allee 1 (Haus A): Raumprogramme

- · Welche Nutzungsmischungen wollen wir?
- · Mietspreizung: Wer subventioniert wen?
- · Welche Gemeinschaftsflächen brauchen wir?
- · Wie geht Selbstverwaltung?
- Was Iernen wir aus dem Modellprojekt
 ZUsammenKUNFT in der Stresemannstrasse?

AG3 Zwischennutzungen / Raumaneignungen

- · Wie können Pavillon, Flachbau, EGs, die Fassade Gegenstand von alltäglicher und künstlerischer Zwischennutzung werden?
- · Wie wollen wir den Vorplatz und den Innenhof programmatisch nutzen?
- Welche offenen Formate können während des Umbauprozesses stattfinden, mit der Intention, die Programmatik des Ortes weiterzuentwickeln – unter aktiver Teilhabe der Stadtgesellschaft/Nachbarschaft?

AG4 Organisatorisches / Finanzen / Vergabeverfahren

- · Welche Vergabeverfahren für die Nutzung von Räumen sind denkbar?
- · Wie kann ein von unten finanzierte Entwicklungsarbeit funktionieren?
- · Welche Erfahrungen gibt es?

AG5 Leitbild / Manifest / Verfassung

- · Was sind die Komponenten unseres (ungeschriebenen) Leitbildes?
- · Brauchen wir ein Manifest?
- · Wie könnte ein ethischer Codex gestaltet sein?
- · Wie kann das HDS als Gemeingut genutzt werden?

Christian Schöningh, die zusammenarbeiter Sylvia Metz, Flussbad Berlin

Leitfragen

- · Was kann Bezirk, WBM, BIM, was kann die Initiative? und der Senat?
- · Worin liegt der Mehrwert der angestrebten Kooperation?
- · Wie sieht eine gelingende Kooperation mit der Stadt aus?
- · Was müssen wir aus den Fehlern der Vergangenheit lernen?

Einführende Worte (Christian Schöningh) Kooperationsvereinbarung bringt u.a. mit sich

- Die ZKB ist nicht Auftragnehmer geworden. Das wäre zwar finanziell besser und endlich bezahlte Arbeit möglich gewesen. Wir wollten nicht (irgendwie immer weisungsgebundener) Auftragnehmer der BIM, sondern Kooperationspartner werden. das soll uns also unabhängiger machen.
- Jede/r bringt diejenigen Ressourcen ein, über die er/ sie verfügt, die sollen erst einmal "auf einen Haufen geworfen" und gemeinsam genutzt werden; bei uns ist das in erster Linie das eigene Arbeitspensum. Bei der BIM aber auch Geld, zB für Beauftragung der Moderation oder Herrichtung des Fahrrad-Flöckner-Laden als gemeinsame Vor-Ort-Präsenz.
- BIM hat Moderation für die derzeitige Phase in Abstimmung mit uns ausgeschrieben; Vergabeentscheidung erfolgt gemeinsam voraussichtlich im Februar. Das soll uns alle entlasten.

Diskussionsrunde beginnt

Was kann die Initiative?

- Für ein gewisses Level der Gleichberechtigung braucht es capacity building.
- Nur auf der Initiative aufbauen ist schwierig diese ist dafür nicht strukturell abgesichert. Außerdem nicht deren klassische Arbeitsaufgabe
- Ergebnis: im Prozess soll die Initiative nicht nur Ressourcen verbessern, sondern Akteure auch auf zivilgesellschaftlicher Seite stärken
- Wirtschaftsdemokratisierung

 Suche nach einem Modell ist essentiell. Dabei immer im Hinterkopf haben, wie Aufgaben in der Realität ökonomisch geleistet werden können.

Dazu die Meinung eines teilnehmenden Künstlers: Mitspracherecht ist Grundvoraussetzung

- Bewußtsein schaffen. Vermischung der Nutzungen in den Projekten ist wichtig. Es wirkt der Anschein, dass BIM und WBM jetzt schon einiges verplant haben. Offenes Denken wird somit unmöglich. Es müssen Formen gefunden werden, den Austausch und ein Aufeinander- Zugehen zu ermöglichen. Es genügt nicht, bereits jetzt schon sechs Architekturbüros beauftragt zu haben. Vielmehr müssen SoziologInnen und KünstlerInnen hinzugezogen werden.
- Der städtebauliche Wettbewerb muss anders gestaltet sein. Es muss ein Format entwickelt werden, indem es Austausch gibt und man sich räumlich/ baulich einmischen kann. Und dies ist ein essentielles Thema vor den Wettbewerben.

Hinweis Christian Schöningh: deshalb beginnt ja jetzt die Beteiligung der Stadtgesellschaft, um im Vorfeld vor irgendwelchen Wettbewerben oder weiteren Festlegungen Einfluss zu nehmen.

Die Genossenschaft ist dabei – auch nach eigenem Verständnis – nur eine Vertreterin der Stadtgesellschaft in der Kooperation.

Allgemeine Worte von Christian Schöning:

 bereits im Vorfeld war eine politische Entscheidung gefallen durch R2G, wie die Nutzungsverteilung Verwaltung (BIM + Rathaus Mitte) / Wohnen (WBM)

- / Nutzungskonzept der Initiative in % aussieht; das war nicht verhandlungsfähig.
- Frage ist nun: wie geht man damit um? Gegen das "Kuchenstücke verteilen" und "jeder macht seins" hat man sich allerdings schon gewehrt. Die Koop-Vereinbarung sieht zumindest für die Phase 0 (wesentliche Vereinbarungen zum weiteren Vorgehen und zu qualitativen und quantitativen Zielen) die gemeinsame Verantwortung für das ganze Projekt vor.
- Die Genossenschaft hat noch keine Entscheidungsrechte, vielleicht werden wir das als Initiative oder diese Genossenschaft nie haben. Kann aber möglich sein und wir streben an, dass andere Institutionen diese bekommen werden für die Umsetzung unseres Nutzungskonzeptes. Diese Institutionen müssten allerdings erst geschaffen werden. Das wäre dann zB eine betreibergesellschaft mit fundierten Mitbestimmungsrechten bei der Planung oder auch selber Bauherrin (Erbbaurechte?).

Es zeichnete sich ab, dass der Inhalt der Vereinbarung nicht genug kommuniziert wurde. Immer wieder war man der Meinung, man müsse Methoden der Beteiligung klar diskutieren und das Nutzungsprogramm sollte heute aufgestellt werden. Dazu meldeten sich folgende Teilnehmer zu Wort:

Teilnehmer (Architekt/Stadtentwicklung): Thema Methodik/Planungszelle

- Wie hält man einen Kommunikationsprozess offen, auch wenn es einmal/ über längere Zeit schwierig ist? An der aktuellen politischen Leitung würde man scheitern. Offene Konflikte brauchen ihre "Sprecher" sozusagen.
- Wie bekommt man eine prekäre Arbeitsweise in den Zaum? Möglichkeit der Planungszelle. Methode, die sich viele Male bewährt hat.
- Wie bezieht man Leute ein, die nicht sprachfähig sind? Partizipation? Methodenfrage: eine Sprache zu sprechen, die einfach ist.

Vertreter der Caritas/Diakonie: Entgelt für Beteiligte

Inklusion ist ein wichtiges Thema. Kreative Prozesse werden dort verlangt. Miteinander und Beteiligung ist sehr wichtig und grundlegend in solchen Planungsprozessen. Wesentlich dabei ist für Organisationen wie die Caritas, dass die Finanzierung stimmt. Ab bestimmten Reifegrad brauchten alle Beteiligten ein Entgelt.

Stellungnahme von Teilnehmenden (ehemals Stadtbad Wedding/ Skateboardmuseum/Sprecher auch für urban art):

- Neugier ist ein wichtiger Punkt auf beiden Seiten. Alle lernen voneinander. So funktioniert das kooperative Modell
- Fehler: Wie geht es konkret weiter? Bei diesem Thema findet die Kooperation nicht auf Augenhöhe statt. Institutionen müssen auch planen können. Gibt es einen Zeitplan?
- Wenn wir uns einbringen, wann wird zurückgespielt?
 Wie und wann werden wir als Ideenbringer miteinbezogen?
- · Christian Schöningh: Wir sind noch nicht an dem Punkt, an dem Flächen verteilt werden. Diese Arbeit liegt vor uns. Dafür müssen noch transparente Verfahren entwickelt und verabredet werden (s. a. andere AG). Sicher ist momentan nur: es gibt keine Planungssicherheit, für niemanden.

Teilnehmender Genossenschaftsmitglied/ Aufsichtsrat ZKB: Heterogenität der Kooperationen / Moderation

- Situation ist neu f
 ür die Kooperation der Nutzenden und der Herstellenden des Projekts. Im Bewusstsein haben, dass Kooperationspartner unterschiedliche Typen/ Strukturen aufweisen.
- BIM muss beim Moderieren darauf achten, dass sie den anderen Parteien eine Stimme geben.
 Was soll in der Moderation detailliert stattfinden/ Zuständigkeitsbereich? Mit diesem Wissen kann der Moderationsprozess besser verstanden werden.

Um bezüglich der Moderation zu klären, Christian Schöningh:

- Moderation wird jetzt beauftragt nur für Phase 0, das erste halbe Jahr. Wie es nach dem halben Jahr weitergehen wird, wissen wir bis dato nicht.
- Aufgabe: die Koop-Partner entlasten, den Prozess / das Arbeitspensum der Kooperationsvereinbarung im Blick zu behalten, Steuerungsrunden vor- und nachbereiten
- Es geht in Phase 0 zuallererst darum, Spielregeln zu finden und verbindlich zu machen.
- Prekär –wie fast alles momentan noch auf unserer Seite ist- bedeutet auch, dass Ergebnisse und unsere eigne Kontinuität unsicher sind. Von der Moderation erhoffen wir uns da eine deutliche Unterstützung (hängt natürlich sehr von der Person ab, die's wird).

Frage einer Teilnehmerin: Gelder Hat der Senat Budget/Gelder im Hinblick auf Baukultur? = Antwort darauf ist, dass dies nicht vollkommen hoffnungslos ist.

Platzmanagement für junge Menschen am Alex: Räumlichkeiten jetzt schon notwendig

WBM und Verwaltung sollten das Interesse haben und stärker in die Pflicht genommen werden, wenn es darum geht jetzt schon Räumlichkeiten nahe des Alexanderplatzes zur Verfügung zu stellen.

→ ab ca. Mai 2018 gibt es Räume (Ex-Fahrrad-Laden)

Frage nach dem Mehrwert für die Stadtbevölkerung:

Die Initiative muss vermitteln und gegen die Trennung einzelner Akteure arbeiten \rightarrow das ist der Mehrwert für die Stadtbevölkerung.

Grenzen der Entscheidungen müssen abgesteckt werden. Wer verfügt über was, wer ist Entscheidungsträger? → Transparenz für alle Beteiligten und die Stadtbevölkerung.

Bezahlungsmodell der Initiative

Mitgliedsbeiträge, Gleichberechtigung und Gelder aus der öffentlichen Hand sind langfristig unabdingbar. Idee einer Planungszelle ist genial. Wichtig ist die Herausarbeitung einer gleichen Ebene zwischen allen Akteuren, der Initiative und den Verwaltungsangestellten, die in den Verhandlungen gegenübersitzen werden.

Dazu Teilnehmerin (Soziologin und Stadtplanerin): Verantwortlichkeit / Prozessteurer

Wer macht den städtebaulichen Wettbewerb? Wer hat gerade die Kooperationvereinbarung unterschrieben? Im Bewusstsein haben, dass große Akteure die Mittel haben und auch ihre Arbeiter bezahlen.

 Spricht sich für sogenannten Prozessteurer aus. Wer soll miteinbezogen werden? Mitdenken jetzt schon relevant.

Teilnehmerin meldet sich zu Wort: dieselbe Sprache Sprechen

- Empfindet es als positiv, dass die jetzige
 Kooperationsvereinbarung schrittweise voran geht.
- Man hat mit Partnern zu tun, die alle guten Willens sind. Doch die Partner haben unterschiedliches Denken und unterschiedliche Strukturen.
- Man spricht nicht dieselbe Sprache.
- Jemand sollte während des Prozesses von Außen darauf schauen. Das braucht die Initiative, um einen notwendigen Abstand zu wahren. Denn diese hat 2 Probleme: heterogen und "anders hierarchisch".
- Man darf nicht zu spät die Frage stellen: was ist die Synergie der gemeinsamen Nutzung?

Allgemeine Forderung

Die inklusive Nutzungsmischung muss sich beweisen, wenn es gemeinsame Räume gibt. Eine klare Definition gemeinsamer/geteilter Räume schafft die Nutzungsmischung, das Miteinander; sonst macht doch wieder jeder nur seins/wird es wieder nur ein Nebeneinander.

DEFINITION DER GEMEINSAMEN RÄUME = GEMEINSAME VERANTWORTUNG

Hinzufügendes von Christian Schöning:

- Antwort auf "externes Draufsehen/ Aufseherperson": das ist das Wesentliche der Moderation.
- Kooperationsvereinbarung wird öffentlich gemacht, per pdf.
 (das war leider bis heute morgen noch nicht klar/ noch nicht verabredet.)
- Bezüglich der Bestandsgebäude B,C,D: die BIM wird für ihre eigenen Zwecke hier schnell arbeiten müssen und hat dazu auch das OK im Rahmen der Vereinbarung.

Dort werden Nutzungsmischung bzw. Begegnung in gemeinsamen Räumen wahrscheinlich auf die Erdgeschosse beschränkt sein.

Teilnehmerin (Architektin): Öffnung im Prozess anstatt Einengung

Berlin soll seine Offenheit zurückgewinnen, offene Nutzung. Entscheidungsprozesse sollen mehr öffnen als schließen (Modell eines Baumes). Offenheit für die Zukunft. Multifunktionsräume.

Bzgl. Methodenfrage zur Partizipation Im Laufe des Gespräches wird deutlich, dass im Kooperationsvertrag keinerlei Methoden festgelegt sind, diese Überlegungen sind erst Teil der nächsten Monate. Überlappung der Phasen wird es aber immer geben, also möglicherweise auch weitere festlegungen vor Ablauf der Phase 0; Beispiel: Fassadenwettbewerb für Bestandsgebäude B-D, weil BIM loslegen will.

Gegen Ende der Veranstaltung kam ein Vertreter der WBM. Folgende Statements seinerseits:

- innerhalb der Legislaturperiode soll das Projekt fix gemacht werden
- die Koop-vereinbarung ist auch Ergebnis einer kompletten Kehrtwende, andere politische Situation: den Bestand erhalten und ergänzen anstatt abzureißen
- neues Planungsrecht (Bebauungsplan) ist erforderlich
- Fragen klären/ kommunizieren: Welche Infos brauchen wir, um ein Bebauungsplanverfahren zu starten? Warum es sinnvoll ist, sich an den Zeitplan zu halten?

Teilnehmender bzgl. Partizipation: Wir sind noch vor dem Beteiligungunsverfahren, wie schaffen wir es zusammen zu kommen? Vorträge, Neugierde wecken, um was geht es genau? Alle Altersstufen. Dies alles vor den Beteiligungsentscheidungen.

- → Statement dazu: Wir sind dabei, das Beteiligungsverfahren erst zu gestalten.
- ightarrow dies führt zur Frage, wer das Beteiligungsverfahren überhaupt durchführt.
- Prinzipiell müssen die Grundstückseigentümer den Ergebnissen der "Beteiligung der Stadtgesellschaft" zustimmen. Es ist an uns, dafür zu sorgen oder wenigstens gute Voraussetzungen dafür zu schaffen (wenn nötig öffentlicher Druck)

Weitere Punkte

- Vorschlag: Bundesstiftung Baukultur einbinden; bestehendes Projekt
- grundsätzlich: kooperative statt kompetitive Verfahren durchführen
- ab nun wird sich die Initiative alle zwei Wochen treffen

Zusammenfassung der gesammelten Stichworte auf den Karteikarten

- 1) Capacity Building auf Seiten der Zivilgesellschaft
- 2) Ziel "Auch etwas zu sagen/entscheiden zu haben, nicht nur Verbesserer sein"
- 3) Ziel "Im Ergebnis auch Verfügungsgewalten auf zivilgesellschaftlicher Seite"
- 4) Selbstverpflichtung aller Akteure auf gemeinsamer Prozessorganisation
- 5) Ehrenamt in Zusammenarbeit mit personell und finanziell gesichertem Senat, WBM, BIM, Bezirk
- 6) "Gleichstellung" Kooperationspartner und finanzieller Rückhalt
- 7) Prozessteuerung beauftragen, die alles zusammenhält
- 8) Frühzeitig bedenken: wer macht den städtebaulichen Wettbewerb? → ab diskursiver Prozess

- Wie alle (BIM, WBM, Senat, Bezirk, Bewohner, Geflüchtete, ...) miteinander verbinden?
 Ausgangsvoraussetzung gemeinsam auf Augenhöhe
- 2) Wie Konflikte offen bearbeiten? Bsp. Ombutsfrau/ mann
- 3) Vorsicht! Institutionalisierte, bezahlte hierarchisierte Strukturen versus Basis-Vielfalt
- 4) Finanzierung von Initiativen-MitarbeiterInnen? Mischvariationen
- 5) Wer entscheidet wann/ was / warum? Verantwortung freiwilliger ...?
- 6) Modellprojekt, für Ehrenamt langfristig eine Beteiligung ermöglichen. Die Baukultur einbinden
- 7) städtebaulicher und architektonischer Wettbewerbe versus kooperative Arbeitsverfahren
- 1) Wie nicht-sprachfähige einbeziehen?
- 2) neue inklusive Moderationsformen
- 3) Inklusion/Teilhabe
- 4) Quartiersmanagement (auch in Verwaltung)
- 5) Finanzierung des bürgerschaftlichen Engagements
- 6) Wie das Prekäre in der Beteiligung vermeiden? z.B. Planungszelle (nach Zufallsprinzip eingeladene BürgerInnen planen und bekommen Entschädigung)
- 7) Den Prozess als Gewinn betrachten
- 8) Erfahrungen von Partizipationsprozessen aus dem Kinder- und Jugend-Bereich Mitte nutzen (z.B. Bau von neuen Kinder- und Jugendeinrichtungen)

Andrea Hofmann, *raumlabor berlin* Frauke Gerstenberg, *raumlabor berlin*

Leitfragen

- · Welche Nutzungsmischungen wollen wir?
- · Mietspreizung, wer subventioniert wen?
- · Welche Gemeinschaftsflächen brauchen wir?
- · Wie geht Selbstverwaltung?
- · Was lernen wir aus dem Modellprojekt ZUsammenKUNFT in der Stresemannstraße?

Prozess und Organisation

- Wie sieht das MITEINANDER aus?
 - Querfinanzierung
 - Schnittstellen
 - Vernetzung
 - Sharing
- Wie sieht eine mögliche VERWALTUNG aus?
 - Wechselnde Verwaltung
 - Bürgerbeteiligung
 - Genossenschaften, Vereine
 - Selbstverwaltung
 - REGELN müssen aufgestellt werden
- Verschiedene KOMMUNIKATIONSSTRUKTUREN zur F\u00f6rderung von Entscheidungsprozessen, Transparenz und Partizipation
 - App
 - online Befragung
 - lokale Befragung
- Das richtige FORMAT finden:
 - Haus von unterschiedlichen Geschwindigkeiten:
 → Räume für einen Tag, eine Woche, einen Monat
 - Agora Modell
 - Räume tauschen
 - Sharing von Infrastruktur etc.
 - → Wichtig: eine VISION zu finden unter der alles steht; anhand derer kann Prozess und Organisation geprüft werden.

Nutzung

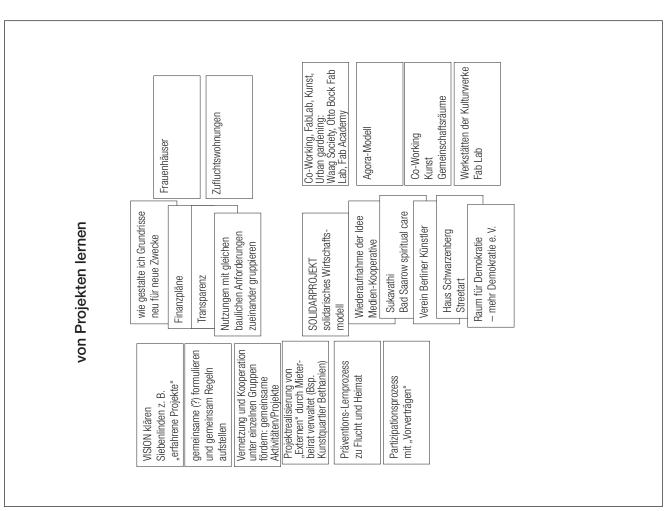
- viele Künstler und Initiativen haben Interesse an dem Projekt
- Wie MISCHEN?
 - genügend SCHNITTSTELLEN zwischen den einzelnen Nutzern (Miteinander statt Nebeneinander), gemeinsame Interessen finden
 - Querfinanzierung reicht nicht aus, Gruppen müssen von Anfang an gut vernetzt werden
- zunächst homogene Gruppen stärken um diese anschließend miteinander zu vernetzen
- RÄUME für: Werkstätten, CoWorking für Künstler, Studenten, Erholung, Notunterkünfte, Veranstaltungsort, Ort zum Austausch, Sharing, Café, Archiv für digitale Kunst, Gästezimmer, Nahlabor etc.
 - → Grundsätzlicher der Wunsch, dass ein NETZWERK entstehen soll

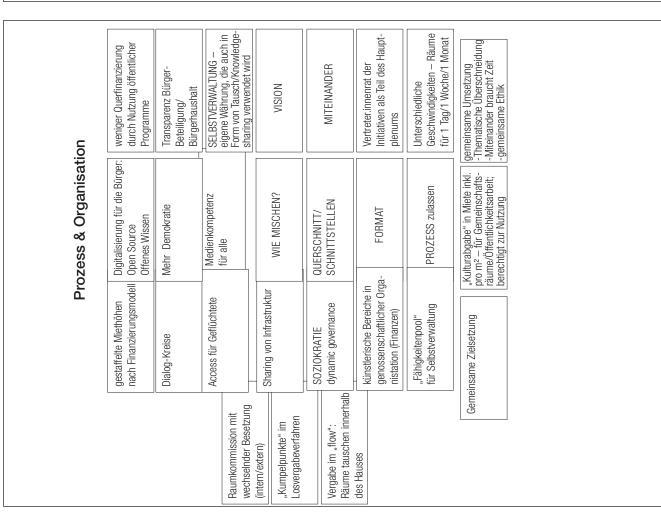
von Projekten lernen

- REGELMÄSSIGE TREFFEN zum Aufbau einer guten Kommunikationsstruktur
- REGELN vs.LEITBILD?
- BINNENÖKONOMIE (solidarische Kooperation der Projekte)
- von Beginn an die einzelnen Interessensparteien gut miteinander VERNETZEN
- kleinere Interessensgruppen von Anfang an gut in den Prozess integrieren, dass sie am Ende nicht von größeren Gruppen verdrängt werden

- Entwicklung eines Netzwerkes braucht ZEIT
- TRANSPARENZ in allen Prozessen
- Fähigkeitenpool für Selbstverwaltung
- Erfahrungen von der "ZUsammenKUNFT"
- → Querfinanzierung der Mieten von Geflüchteten als Beispiel, dabei aber nicht nur finanzielle Unterstützung, sondern auch soziale Unterstützung bedenken
- Modell: keine Mieten zahlen, sondern die Mieter bauen stattdessen Räume aus
- Weitere BEISPIELE: Mehr Demokratie e.V., Verein Berliner Künstler, Sukavathi Bad Saarow spiritual care, Waag Society, Otto Bock Fab Lab, Fab Academy, Frauenhäuser, Haus Schwarzenberg Streetart etc.







Harry Sachs, *Zentrum für Kunst und Urbanistik (ZK/U)* Philip Horst, *(ZK/U)*

Leitfragen

- · Wie können Pavillon (ab Mai 2018), Flachbau, Große Wiese, Parkplatz hinter HdS, EGs, die Fassade Gegenstand von alltäglicher und künstlerischer Zwischennutzung werden?
- · Wie wollen wir den Vorplatz und den Innenhof programmatisch nutzen?
- · Welche offenen Formate können während des Umbauprozesse stattfinden, mit der Intention die Programmatik des Ortes weiterzuentwickeln?
- · Wie kann dabei die Nachbarschaft und die Stadtgesellschaft aktiv teilhaben?

Ansprüche an den Ort

- · Zwischennutzung als Abbild für das, was später entsteht
- · Keine Monokultur,
- · Nachbarschaft mit einbeziehen
- · ständige Präsenz

Welche Strukturen gibt es schon?

- · Akademie der Zusammenkunft
- · Nachbarschaftsrat
- · QM Alexanderplatz
- · Jugendgruppen
- · Obdachlose
- Struktur: es gibt viele Ideen wie diese, in Abstimmung mit Akteuren (alte und neue Nachbarschaft), mit übergeordneten Strukturen zusammenbringen?
- Auch BIM wünscht sich Zwischennutzung

bei AG entstandene Karten

- · Startnutzung: Küche und Esstisch von der aus Bespielung des Platzes ausgeht. Ideen und Vorschläge können bei diesem Anfangspunkt vorgebracht werden und von der verwaltenden Instanz zum Beispiel der Nachbarschaft koordiniert werden, sodass die Nutzung wachsen und wechseln kann. Es sollte ein Ort des Austausches entstehen!
- Platz für uns und andere: in der Mitte des Pavillons: Ein Raum mit Küche und Wohnen, Betrieben von der Nachbarschaft, drumherum Räume als Optionsplätze für Veranstaltungen in Absprache mit der Nachbarschaft.
- Entwicklung einer Organisationsstruktur zur Koordination der Kunstaktionen → Kuration?
- · Graffiti und die jungen Künstler fordern
- · Rolle der bisherigen (Verhandlungs)gruppe im Prozess oder Zwischennutzung?

Ideen

- · Erzählcafé
- · Workshops
- · Skateboardmuseum
- · Baustelleneinrichtung mit einbeziehen
- · Integrationsveranstaltungen
- · Solipartys
- · Materialmafia
- Rituale für Übergabe von einem Zwischennutzungskonzept ans andere (vgl. olympische Fackel)



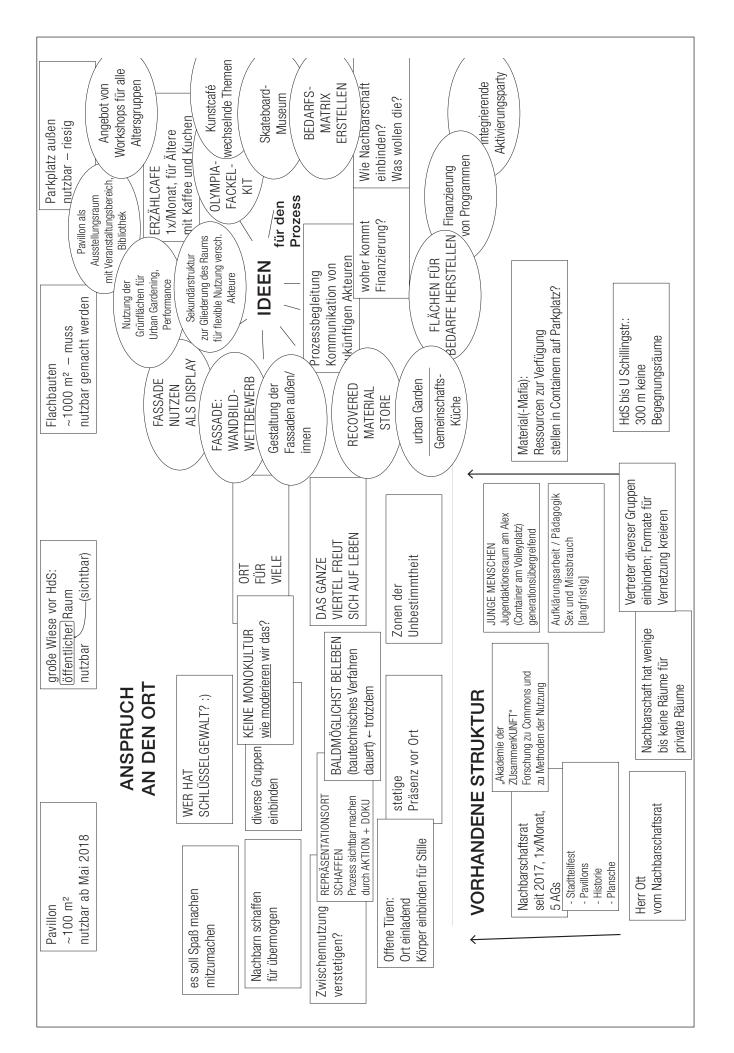
Ziele

- Zusammenkommen, Austausch
- Projekte vermitteln Initiativen
- Nachbarn aktiv einbeziehen
- praktische Bedürfnisse (Raum Kiosk)
- → welche Formate eignen sich?

Nutzungsideen

- · Space for open Workshops with recovered materials
- · Stadt reparieren, Gemeinsam Dinge heile machen!
- · Konsum neu denken: tauschen, leihen, schenken
- Alltägliches Leben beachten/neue Lösungen für den Alltag
- · Nachbarn einladen zu kochen: VoKü
- · nBARschafft Rat Treffpunkt
- · Nachbarschaftszentrum neu denken, als Alternative zum Quartiersmanagement
- · Ort zum lernen
- Senioren im Austausch mit Jugend (Programm Entwicklung!)
- · Lokale Tauschmärkte ermöglichen
- · Unterstützung bei Trauma/Konflikten

- Murkseum: Lernort für Haltbarkeit, Aufklärung über ob Obsolenz, Alternativen für Kreislauf Gesellschaft, Ausstellung und Projekte
- ein provisorisches Stockwerk aktivieren für bestehende Gruppen
- Bedarfs-Matrix als Start: Akademie / Künstler / Fördergeld
- · Baustellenstrukturen nutzen/anbieten
- · Licht an! Windinstallation → Bewegung
- Angebot: 12 urban Art initiativen wollen sich stärker einbringen – wir haben 100 Dominosteine (1x2 m) zur temporäreren bespielung zum Beispiel Graffiti Workshop
- · Erzählcafé Menschen die etwas mit dem Ort zu tun haben erzählen bei Kaffee und Kuchen
- · Fassade als Kommunikationsfläche durch LED Netz
- · Kuratierte Textfläche auf Fassade wie Haus des Reisens, "Alexanderplatz Text". Licht Buchstaben oder mechanische Buchstaben
- · Menschen für heute / Menschen für morgen
- · Einahme von "sozialer" Werbung finanzieren die Pavillons



Florian Schöttle, *Initiative für das Martinswerk* Marlene Oberreit, *GF Martinswerk*

Leitfragen

- · Wie kann die Planungsarbeit der vereinbarten Phase 0 auf der Seite der Initiative finanziert werden?
- · Welche Anforderungen gibt es an eine Organisations- und Entwicklungsgruppe?
- · Was für eine Rechtsform wäre für diese Anforderungen am besten geeignet?
- · Wie wird entschieden, welche Nutzerinnen und Nutzer am Schluss im Haus wohnen und arbeiten?

Input

Bericht vom Stand der Dinge

Florian Schöttle berichtet zum Stand der Dinge der Arbeit der Intitative und der Ergebnisse der Zusammenarbeit mit dem Senat, dem Bezirk und den Senatsbeauftragten sowie der rechtsfähigen ZUSAMMENKUNFT Berlin eG Stadtentwicklungsgenossenschaft als Organ der Initiative.

- · Stadtplanung: Hochhausplanung gekippt, Bebauungsplanverfahren gestoppt, Bestandsgebäude erhalten, verdichtende Bebauung geplant
- · Besitzverhältnisse: Bestandsbauten nebst Grundstücksteil durch das Land Berlin vom Bund erworben
- Nutzung: Zunächst 20% der Bestandsfläche im Haus A für Nutzungen nach dem Konzept der Ini, Haus B,
 C, D ohne Beteiligung für Verwaltungsnutzungen der wachsenden Stadt beplant (aktuell Finanzamt, BIM GmbH selbst u.a.)
- · Es können noch insgesamt ca. 55000 m² Nutzfläche im Neubau ergänzend auf dem Grundstück errichtet werden. Vorschlag: Überwiegend Wohnungsbau durch WBM, aber auch ein Baufenster für genossenschaftlichen Wohnungsbau, gemischte Nutzungen teilweise nach Vorschlag der Initiative.

In der Initiative diskutierte Entwicklungsvorstellungen und bereits realisierte Organisationsschritte:
Aus der Initiative heraus wurde die Zusammenkunft Berlin eG Stadtentwicklungsgenossenschaft gegründet, an der Vertreterinnen der in der Initiative zusammengeschlossenen Organisationen sowie Aktivistinnen aus der Zivilgesellschaft beteiligt sind. Ziel und Zweck ist es eine demokratisch strukturierte geschäftsfähige Rechtsform als Organ der Initiative

verfügbar zu halten sowie die Verbindlichkeit in der Zusammenarbeit der Initiative zu stärken. Nach dem Erwerb der Bestandsgebäude durch das Land Berlin führte die Genossenschaft Verhandlungen mit dem Senat, dem Bezirk und den Landesbeauftragten BIM und WBM; mit dem Angebot, die Beteiligung der Stadtgesellschaft an der Projektentwicklung einer gemeinwesenorientierten Nutzung von Gebäuden und Grundstücken gemeinsam mit dem vom Land Berlin benannten Verantwortlichen zu organisieren. Der diesbezüglich ausgehandelte Kooperationsvertrag wurde am selben Tag unterzeichnet.

Vorstellungen der Initiative über die weitere Entwicklung

Um die weiteren Verhandlungen auf Augenhöhe führen zu können, hat die ZKB eG auf die Beauftragung durch die Beauftragten Berlins verzichtet und verfolgt das Modell, dass die Finanzierung der Arbeit der Genossenschaft im Rahmen der Initiative aus der Initiative und der Stadtgesellschaft realisiert werden soll. Die Vorstellung dass sich zunächst eine Standortentwicklungsgemeinschaft formiert, deren Mitglieder aus der Motivation einer partizipativen Projektentwicklung heraus noch keine Nutzungsrechte an den Räumen beanspruchen. Sie sollen sich aber in einer weiteren Entwicklungsstufe als Bewerberinnen im Rahmen von Interessenbekundungs- und Vergabeverfahren beteiligen können, wie auch die bisherigen Mitarbeiterinnen und Organisationen der Initiative. Für die Entwicklungsgemeinschaft soll eine Rechtsform gewählt werden, die in der Lage ist, sowohl Spenden als auch öffentliche Fördermittel einzuwerben. Der Kooperationsvertrag für die sogenannte Planungsphase 0 enthält auch die gemeinsame Absicht, eine

Moderation für die Planungsphase zu beauftragen. Die Planungsphase 0 beschreibt das Prozessdesign und die Rollenverteilung für die gesamte partizipativ organisierte Projekt- und Entwicklungsplanung. Für die weitere Entwicklung schlägt die Initiative vor, dass eine Expertenkommission gebildet wird, die die verschiedenen Nutzungsbereiche für das Haus repräsentiert und aus der heraus Vergabeverfahren für die Beteiligung und die Nutzung der Räume entwickelt wird. Die Initiative schlägt weiterhin vor, dass sich aus den ausgewählten Nutzerinnen eine basisdemokratisch organisierte Trägergenossenschaft bildet, die den Gebäudeteil der gemeinwesenorientierten Nutzungen im sozialen und kulturellen Bereich bewirtschaftet und verwaltet.

Anregungen durch die Teilnehmenden Die Teilnehmenden des Workshops zeigen sich überwiegend mit den Vorstellungen der Initiative einverstanden und werden aufgefordert, ihre Vorstellungen der Beteiligung in Notizen zu fassen:

- Das Arbeitsraumprogramm für Künstlerinnen der freien Szene soll Raum finden
- es soll ein Integrationsunternehmen der Obdachlosenhilfe integriert werden
- alternative Ideen zum Beteiligungsmodell:
 Genossenschaft versus Baugemeinschaft GbR
- Ideen zur Rechtsform: Verein gGmbH
 Genossenschaft oder Mietshäusersyndikat?
- Wichtig: Prüfung der Realteilbarkeit der Bestandsgebäude für separate und unabhängige Finanzierungsmöglichkeiten
- Pachtvertrag versus Erbbaurecht
- Vorschlag für Vergaberichtlinien: transparente Vergabe, Bewertung Professionalität und Qualität der Tätigkeit, Berücksichtigung von Behinderungen und anderen Räumlichkeiten,
- Unabhängigkeit der Kuratorinnen bei der Vergabe
- Nutzungskonzepte für beteiligte Projekte: zum Beispiel Ausstellungsprojekte von Künstlern
- selbst organisiert ohne kuratorisch thematische Vorgaben - die Vergabe soll offen für alle Bewerberinnen aus Berlin gestaltet werden - die Bereitstellung von angemessener Ausstattung mit Bühnen Steilwänden und anderen Einrichtungsgegenständen soll ermöglichen das auch mittellose Künstlerinnen und Künstler mitmachen können
- Implementierung einer langfristigen angemessenen Öffentlichkeitsarbeit, zum Beispiel Kontakte, Newsletter und Mailserver
- Die kommerzielle Immobilienwirtschaft in unmittelbarer N\u00e4he des Hauses der Statistik soll animiert werden, sich finanziell zu beteiligen,

- davon Prozent positiv profitieren können ein soziokulturelles Umfeld in der Nähe zu haben. Soll ein Nutzungsformat mit offener Mischnutzung vertraglich vereinbart werden zum Beispiel dass die Verwaltungsräume kulturell mitgenutzt werden können, dass Eventräume und Galerien zwischen die Verwaltungsflächen eingestreut werden, ein Großteil der Räume sollen offen mitgenutzt werden. Dies gilt auch für den öffentlichen Raum um das Haus herum.
- Ich wünsche mir ein Bewerbungsverfahren, um zu wissen wer sich für die Räume interessiert
- Eckpunkte für ein Konzept: sozial und ökologisch!
- Das Besitzrecht soll so gestaltet werden, dass die Gemeinnützigkeit der Nutzung auf Jahrhunderte festgeschrieben ist, zum Beispiel genossenschaftlich strukturierte Stiftung
- innovatives Konzept in dem Abhilfe von Obdachund Wohnungslosigkeit geschaffen werden kann und Kooperationen mit Kämpferinnen und Kämpfern der Auswege
- Prüfung von Konzepten von Notunterkunft der neu Eingereiste bis zu dauerhaften Wohnmöglichkeiten für geduldete und als asylsuchend anerkannte Migrantinnen
- solidarisches Finanzierungsmodell mit basisdemokratischen Entscheidungsstrukturen
- weiterhin ein Organ der Zivilgesellschaft notwendig als Teil der Projektorganisation
- Mitwirkung an der Entscheidung aller Fragen rund um die Standards und Leistungsbeschreibungen für den Baukörper
- Endergebnis der Entwicklung: Mietvertrag, Erbbaurecht oder Kaufvertrag?
- Nutzungsmischung: horizontal oder vertikal? Wer bestimmt über die Nutzungsanteile?

Gestaltung und Verfahren

- Orientierung an Community Land Trust Modell?
- Es soll ein Crowdfunding für die Projektentwicklung gestaltet werden!
- zügig: neues Interessenbekundungsverfahren einleiten!
- Es soll ein Ausstattungskatalog erarbeitet werden
- in das Gesamtnutzungskonzept soll der Gedanke um Ausstellungshonorare und Bezahlung von künstlerischer Arbeit integriert werden
- ein Teilnehmer schlägt ein ausgearbeitetes
 Finanzierungsmodell vor, das der Idee der
 Zweisprachigkeit der Entwicklungsorganisation
 beinhaltet, für Mitarbeiterinnen der ersten
 Entwicklungsgemeinschaft soll ein GenussscheinKonzept entwickelt werden dass sich von den
 eingebrachten Vorinvestitionen ableitet. Er

reicht zwei Papiere mit grafisch ausgearbeiteten Strukturvorschlägen (Anlage)

In der nachfolgenden Diskussion wird zunächst die Frage beleuchtet, inwieweit die Ideen aus der Initiative auch die von der Verwaltung für die ohne Beteiligungsmöglichkeiten in der Planung und Entwicklung beanspruchten Flächen beeinflussen können. Es wird festgestellt, dass eine scharfe Abgrenzung in Bezug auf die Nutzungsqualitäten als zweitrangig betrachtet werden kann. Einen sehr großen Schwerpunkt bildet die Frage, wie man zu der Entscheidung gelangt, wer mit welchem Konzept und mit wie viel Fläche dann am Ende zur Nutzung kommt. Es werden im Wesentlichen zwei unterschiedliche Möglichkeiten diskutiert:

- Diskursives Verfahren: Die Expertenkommission wertet in einem ersten Schritt die Interessenbekundungen an einer Projekt-Teilnahme aus, bildet indisch aus internen einlenken der Interessenbekundungen begibt sich in einen interaktiven Prozess mit den Interessentinnen, in dem der Flächenproporz und die Nutzungen ausgehandelt werden.
- Konzeptverfahren: der Proporz und die Qualit\u00e4t der Nutzungen werden von der Expertenkommission

gemeinsam mit den anderen Beteiligten ausgehandelt und festgelegt und es werden qualitativ und quantitativ vorbestimmte Nutzungsfenster der definiert, für die offene Vergabeverfahren auf der Basis von eingereichten Nutzungskonzepten entwickelt werden.

Ergebnis des Workshops

Es werden folgende Empfehlungen für die weiteren Entwicklungsschritte formuliert:

- Bildung einer Organisation für die Projektentwicklung unter Einbindung aller örtlichen Stakeholder: Spätere Nutzerinnen und Nutzer, Nachbarschaftsrat, Platzmanagement, Quartiersmanagement etc.
- 2. Erarbeitung des konkreten Nutzungskonzepts für die gemeinwesenorientierten Nutzungen
- 3. Aufstellung eines Finanzierungsmodells, Geschäftsmodell und Organisationsstruktur
- 4. Findung von Kategorien einer Bewertungs- und Vergabestruktur
- 5. Findungskommission Konzept- vs. Diskursverfahren
- 6. Findungskommission Kompetenzfeldanalyse

Dr. Martin Schwegmann, Atelierbeauftragter für Berlin im Kulturwerk des bbk berlin

Dr. Mary Dellenbaugh, Stadtforscherin

Leitfragen

- · Was sind die Komponenten unseres (ungeschriebenen) Leitbildes?
- · Brauchen wir ein Manifest?
- · Wie könnte ein ethischer Codex gestaltet sein?
- · Wie kann das HDS als Gemeingut genutzt werden?

1. Leitbild (nach innen)

- · gemeinsame Werte
- · Sprache, Raum, Ansprache bedarfsorientiert
- · Dialog statt Selbstgespräch, nicht Plädoyer;
- · Dialektik: Heimat/Zuhause
- Diversität gerecht werden und Vielfalt zelebrieren;
 Diversität von Individuen
- · Miteinander LEBEN: Arm Reich
- · und Teilen: Raum, Ideen, Zeit nicht paternalistisch auf Augenhöhe;
- · Gebrauchswert vs. Tauschwert;
- · reale Teilhabe anstatt Alibi-Partizipation

2. Manifest (nach außen - auch politisch)

- · Autorenschaft: Wer ist das WIR? Ggf. öffnen des WIR.
- · Kommunikationsform (auch visuell...)
- · muss konkret werden
- · Inhalte gemäß der Zielgruppe anpassen
- · wie kann das bestehende einfließen
- aus dem Manifest: der Prozess dahinter soll ersichtlich werden. Es geht um den Modellcharakter des Prozesses.

3. Verhaltenskodex (Verfassung) (nach innen/ Schnittstellen)

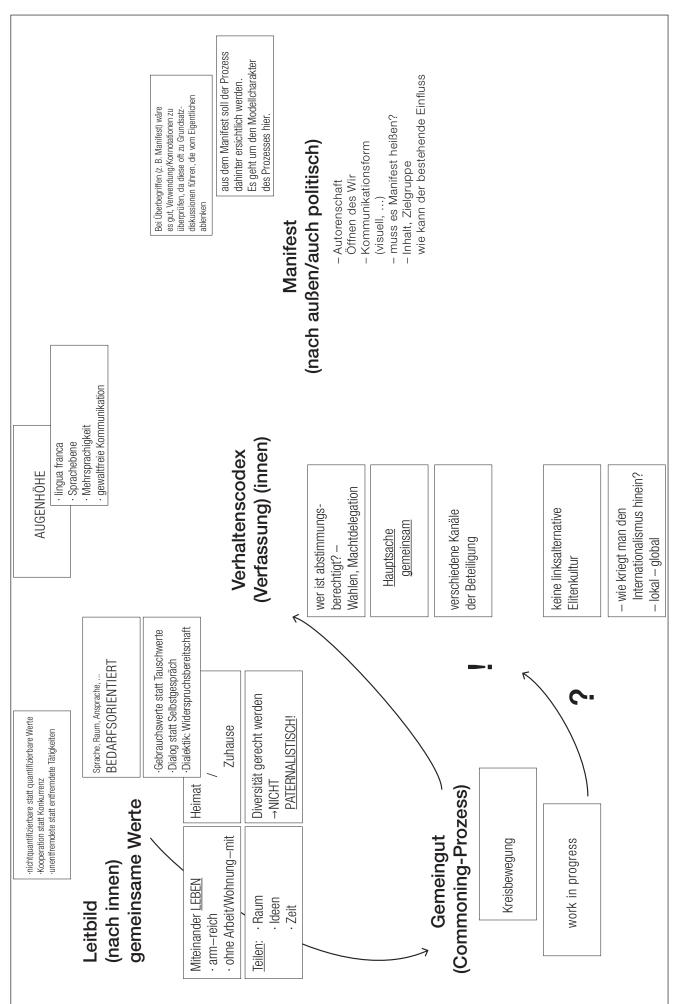
- Kernelement der Selbstregulierung; Standards & Regeln fürs Verhalten in der Gruppe & Umgang mit der Ressource
- hier z.B. auch Commoning das Auseinandersetzungsprozess einer Gruppe von Mitnutzern einer Ressource über wie der Ressource verwaltet & benutzt wird. (s.u.)

4. Gemeingut (Commoning Prozess)

- · Work in Progress
- · Feedback Loop fortlaufender Prozess, Weiterentwicklung

5. Generelle Anforderungen, übergreifende Fragen:

- · offene Wissensvermittlung & einfache Sprache: inklusive & offen gestalten
- \cdot unterschiedlichen Ebenen nach Innen & nach Außen
- · Lingua Franca
- · Augenhöhe
- · Sprachebene
- · Mehrsprachigkeit
- · gewaltfreie Kommunikation
- · wie kriegt man den Internationalismus hinein?
- · lokal-global
- · verschiedene Kanäle der Beteiligung
- · Hauptsache: Gemeinwesen-orientiert
- · Wer ist abstimmungsberechtigt?
- · Autorenschaft wer darf entscheiden, mitsprechen, mtibestimmen



Ergebnis des Workshops der AG5 (Tafel mit Zetteln der Teilnehmenden)

Input von Vernetzungsratschlag #5 in Phase 0

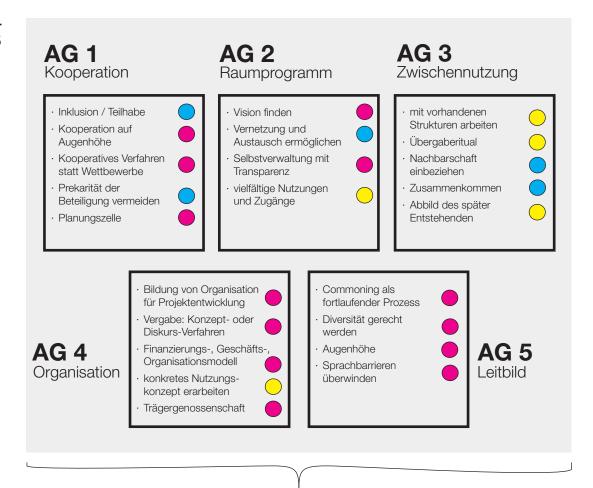
Vernetzungsratschlag #5 29.01.2018

Phase 0 Anfang April - Ende Juni 2018

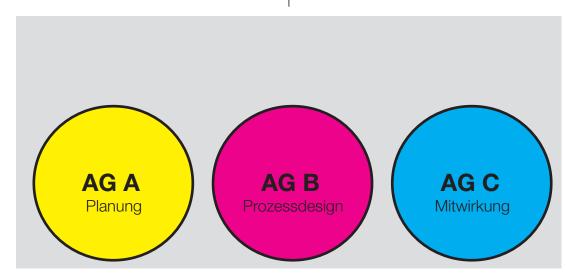


Viele Themenschwerpunkte, die in den 5 AGs des Vernetzungsratschlags #5 behandelt wurden, finden sich im Arbeitspensum der Phase 0 wieder. Die farbigen Punkte in der folgenden Grafik zeigen, in welcher der 3 AGs der Phase 0 die entsprechenden Themenschwerpunkte aufgegriffen wurden.

Vernetzungs-Ratschlag #5



Phase 0



inkl.

Vernetzungs-Ratschlag #6

Übersicht: Arbeitspensum Phase 0

Phase 0 Anfang April - Ende Juni 2018

Die Kooperationsvereinbarung wurde auf dem 5. Vernetzungsratschlag am 29.01.2018 von den fünf Kooperationspartnern *Koop-5** unterschrieben. Sie enthält neben allgemeinen Vereinbarungen eine Anlage mit dem gemeinsamen *Arbeitspensum*, bestehend aus 15 Punkten:

Diesen Aufgaben wird nun in drei Arbeitsgruppen innerhalb der Koop-5 nachgegangen:

- räumliche Bestandsaufnahme
- 2. Stakeholderanalyse
- 3. Leitbild für das HdS
- 4. Nutzungskonzept
- 5. Vergabeverfahren für Flächen (Ini)
- 6. Prozessgestaltung bis in die Nutzungsphase
- 7. Organisations- und Finanzierungsmodell Bestandsgebäude A
- 8. Organisations- undFinanzierungsmodellGebäude für Mischnutzungen (Ini)
- 9. Rollenmodell
- 10. Kostenrahmen
- Verabredungen zur Mitwirkung der Stadtgesellschaft
- 12. Broschüre
- Verwendung der Leitlinien zur Bürgerbeteiligung
- 14. öffentliche Veranstaltungen
- 15. Projektentwicklungsvereinbarung

entspricht der Anlage 2 der "Kooperationsvereinbarung zur Entwicklung des Standortes Haus der Statistik" (Link zur PDF) vom 29. Januar 2018

* bestehend aus ZKB e.G., Bezirk Mitte, BIM GmbH, WBM GmbH und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung

AG A Planung Analyse vorhandener Planungen, Nutzungskonzept und Planungsmethoden

AG B Prozessdesign Leitbild, Rollen- und Organisationsmodelle, Strategien, Finanzen

AG C Mitwirkung Stakeholder einbinden, Phasenmodelle der Mitwirkung, Verabredungen, vorhandene Leitlinien

Kontinuität der Arbeitsfelder

Vernetzungsratschlag #5 Phase 0 Vernetzungsratschlag #6 Konzept-Werkstatt 29.01.2018 Anfang April - Ende Juni 2018 30.05.2018 07./08.06.2018

Viele der im Vernetzungsratschlag #5 behandelten Themen sind im Arbeitspensum der Phase 0 explizit aufgegriffen worden. Diese Themen finden sich in der Schnittmenge der Kreise wieder.

Im oberen Kreissegment finden sich Themen aus dem Vernetzungsratschlag #5, die den weiteren Prozess mit angestoßen haben, aber nicht konkret verfolgt wurden.

Im unteren Kreissegment finden sich Themen, die in der Phase 0 hinzugekommen sind und im Vernetzungsratschlag #6 sowie in der Konzept-Werkstatt behandelt werden sollen.

Manifest Raumaneignung Themen vom Vernetzungs-Zwischennutzung Mehrwert der Kooperation Ratschlag #5 29.1.2018 aus Fehlern der HdS wie als Gemeingut nutzen? Vergangenheit lernen Codex von Projekten lernen Leitlinien Partizipation Nutzungsprogramme Rollenmodell(e) Finanzierung Phase 0 Information zu den städtebaulichen Studien von Januar 2017 Transparente Vergabeverfahren Leitbild verbindliche Verabredungen mit Bezirk, BIM, WBM und Vorbereitung der örtlichen Initiativen Projektentwicklungsvereinbarung für Phase 1 Themen für den was verstehen wir unter Vernetzungs-Organisations- und "Mitwirkung der Stadtgesellschaft"? Ratschlag #6 Finanzierungsmodell 30.5.2018 der Ini-Nutzungen Prozessgestaltung für Phase 1

> kooperatives Planungsverfahren Vorbereitung B-Planverfahren